

Der Ausschuss für Schule und Soziales hat in seiner Sitzung am 30.01.2019 beschlossen (siehe Niederschrift zu TO 1.12.), dass die Finanzierung der Flüchtlingsberatungsstelle der Ökumenischen Initiative in der bisherigen Form zunächst bis zum 30.09.2019 durch die Stadt sichergestellt wird. Die Zeit bis dahin sollte genutzt werden, um zwischen der Ökumenischen Initiative, WippAsyl und der Stadt eine verbindliche Klärung der Schnittstellen und Aufgabenaufteilung mit Zuständigkeiten herbeizuführen. Die Grundlage hierfür sollte das Integrationskonzept bilden. Ziel war eine schriftliche und verbindliche Übereinkunft, die Planungssicherheit für weitere 24 Monate gibt.

Nach einem gemeinsamen Termin mit der Ökumenischen Initiative, Wipp Asyl, der Hans Herman Voss-Stiftung und der Stadtverwaltung zu diesem Thema erschien es sinnvoll, alle Akteure, die sich mit der Flüchtlingsarbeit befassen, sowie diejenigen, die sich bisher finanziell mit eingebracht haben, zu beteiligen. Es sollte ein offener, partizipativer und transparenter Prozess gestaltet werden. Alle Aspekte und Anforderungen an die zukünftige weiterhin „externe“ Flüchtlingsberatungsstelle in der Hansestadt Wipperfürth sollten, wenn möglich, in Absprache berücksichtigt werden.

Dazu hat die Verwaltung zu einem Workshop in die Alte Drahtzieherei eingeladen. In diesem beteiligungsorientierten Prozess hat die Stadt zusammen mit der Ökumenischen Initiative, WippAsyl, der Caritas, der Hans-Hermann-Voss-Stiftung, dem Haus der Familie und der Psychologischen Beratungsstelle Herbstmühle an der praktischen Umsetzung gearbeitet. Die Kirchen und auch Ditib haben an der Veranstaltung nicht teilgenommen. Es wurden verschiedene Themenfelder betrachtet und neue Ideen und Anregungen erfasst.

Die Ergebnisse wurden mit den Beteiligten besprochen und man einigte sich zusammen mit der Ökumenischen Initiative auf die anhängende Kooperationsvereinbarung (siehe Anlage 1).

Die Ehrenamtliche Flüchtlingshilfe Wipp Asyl bleibt auf eigenen Wunsch von der Vereinbarung unberührt. WippAsyl sieht sich als unabhängige Stelle, als (Ankommens)Treffpunkt für alle, als Unterstützer, als Ansprechpartner, der bei Problemen jederzeit hilft und als Stelle, in der auch Beratung stattfinden kann.

Ebenso bleiben die Aufgaben und Tätigkeiten der Fachkraft für Inklusion und Integration des Jugendamtes von dieser Vereinbarung unberührt.

Selbstverständlich wird WippAsyl und die Fachkraft des Jugendamtes auch weiterhin mit den Flüchtlingsberatern der Ökumenischen Initiative und der Stadtverwaltung zusammenarbeiten und sich zum Austausch treffen.

Die Ökumene erhält in den kommenden 24 Monaten eine Pauschale von 80.000,00 € jährlich, womit alle Personal-, Sach- und Nebenkosten abgegolten sind.